



VEREINIGUNG DER HESSISCHEN
UNTERNEHMERVERBÄNDE

Freiheit, Weltoffenheit, Wachstum – für eine erfolgreiche EU

Erwartungen der hessischen Wirtschaft an die Politik nach der EU-Wahl 2019

Klima

Beschluss des VhU-Präsidiums
3. April 2019



Klima

Klimaschutz marktwirtschaftlich und international voranbringen

Globales Klimaabkommen weiter anstreben

Deutschland oder Europa werden den Klimawandel im Alleingang nicht aufhalten. Deutschland verursacht lediglich gut zwei Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen. Dagegen ist China allein für 27 Prozent verantwortlich, auf die USA entfallen 15 Prozent und auf die EU rund 10 Prozent. Um die Treibhausgasemissionen spürbar zu verringern, ist ein global verbindlicher, umfassender und einheitlicher politischer Rahmen notwendig. Ein solches „Level Playing Field“ sorgt auch dafür, dass international vergleichbare Wettbewerbsbedingungen für die Unternehmen geschaffen werden. Die optimale Lösung für Klimaschutz wäre ein globales und alle Sektoren umfassendes Cap-and-Trade-System mit sich marktwirtschaftlich ergebenden Preisen für Treibhausgasemissionen beziehungsweise für ihre Vermeidung.

CO₂-Obergrenze und Emissionshandel ohne Markteingriffe wirken lassen

Mit dem Cap-and-Trade-System bei Stromerzeugung und Industrie (EU-ETS) existiert ein ökologisch treffsicheres und ökonomisch effizientes Instrument. Es senkt den CO₂-Ausstoß von Jahr zu Jahr nach politischen Vorgaben. Die EU-Politik sollte das EU-ETS als Leitinstrument betrachten und es ohne weitere Markteingriffe wirken lassen. Kommission, Parlament und Mitgliedstaaten sollten sich darauf verständigen, im ETS-Bereich auf nationale Eingriffe, wie es die jüngste ETS-Reform zulässt, zu verzichten. Nebenziele und Zusatzinstrumente sind hier ökologisch unwirksam, verletzen das Gebot der Technologieneutralität, machen Klimaschutz teurer und diskreditieren so die EU-Klimapolitik auf internationaler Ebene. Das Ziel eines Anteils von 32 Prozent erneuerbarer Energien am Gesamtenergieverbrauch und das Ziel Energieeffizienzsteigerung um 32,5 Prozent bis 2030 sollten zurückgenommen werden.

Cap-and-Trade-Systeme als Leitinstrumente bei Hauswärme und Straßenverkehr

Andere Wirtschaftsbereiche, die noch von keinem bestehenden EU-ETS erfasst sind, sollten ebenfalls durch das Prinzip Cap-and-Trade reguliert werden. Gleichzeitig sollten dort die bestehenden, kleinteiligen und ineffizienten klimapolitischen Regulierungen abgebaut werden. Die Einbeziehung weiterer Sektoren in den bestehenden EU-ETS wäre zwar die volkswirtschaftlich effizienteste Lösung, brächte aber kaum zu lösende Schwierigkeiten bei der Verhinderung von Wettbewerbsnachteilen (Carbon Leakage) in der Industrie mit sich. Daher sollte die Etablierung von zwei weiteren, EU-weiten Cap-and-Trade-Systemen für die Bereiche Hauswärme und Straßenverkehr auf der ersten Handelsebene umgesetzt werden. Sie sollten darauf ausgelegt sein, langfristig in ein weltweites, integriertes System zu münden.

Wettbewerbsnachteile verhindern

Nur wenn europäische Klimapolitik ein ökonomischer Erfolg wird, kann sie global eine nennenswerte ökologische Wirkung entfalten. Denn wenn Teile der europäischen Industrie aufgrund zu hoher Strom- oder CO₂-Preise Schaden nehmen, wird die europäische Klimapolitik weltweit zum Totschlagargument all derer, die sich nicht um die ökologischen Folgen ihres wirtschaftlichen Handelns scheren.

Das EU-Ziel von 20 Prozent industrieller Wertschöpfung („Mission Growth“) muss denselben Stellenwert wie das 20-Prozent-Klimaziel erhalten. Die EU-Industriepolitik muss in der Gesetzgebung kohärenter werden, um Investitionstätigkeit, Innovationsfähigkeit und Beschäftigungssicherung auch zukünftig gewährleisten zu können. In jedem Fall sollte die europäische Politik gewährleisten, dass die Verlagerung von Produktion, Arbeitsplätzen und Investitionen (Carbon- bzw. Investment-Leakage) verhindert wird.